

Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt: Kreisverwaltungsreferat zerrupft die Gärtnerplatz-Satzung

Eine schallende Ohrfeige für die Lokalpolitiker

Behörde empfiehlt Kontaktaufnahme mit der Party-Szene – Bürgergremium bittet im Juni zum Runden Tisch

Von Sabrina Ebitsch

Die Satzung für den Gärtnerplatz scheint Geschichte zu sein. Was von ihr übriggeblieben ist, fassten einige Mitglieder des Bezirksausschusses Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt sehr blumig in Worte: Von „geplatzen Seifenblasen“ und einer „schallenden Ohrfeige für den BA“ war da die Rede. Vor allem kamen solche Reden aus der SPD-Fraktion, die die Satzung in dieser Form und ohne breite Bürgerbeteiligung von Anfang an vornehmlich mit Skepsis begleitet hatte.

Die deutliche Ablehnung des Satzungsentwurfs durch das Kreisverwaltungsreferat jedenfalls stieß bei der SPD auf eine leicht schadenfrohe Genugtuung. „Jetzt ist der Zeitpunkt, um zu sagen: Das war ein Irrweg, auf dem wir schon zu viel Zeit verplempert haben“, erklärte Sprecher Dierk Beyer. Jetzt gelte es, das zu tun, was die SPD schon seit September rät: die Kommunikation in den Vordergrund stellen. CSU, Grüne und Rosa Liste hielten dem entgegen, dass eine Satzung nach wie vor eine gute Idee sei, auch wenn sich die Verwaltung querstelle.

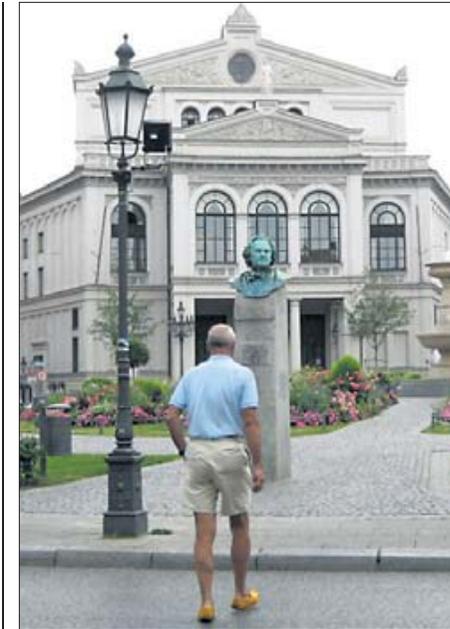
In dem mehrheitlich vom Bürgergremium verabschiedeten Satzungsentwurf wird unter anderem ein Alkoholverbot zwischen Mitternacht und sechs Uhr früh, ein Verbot von Einweggeschirr und eine einheitliche Gestaltung des Außenrondells gefordert. Diesen Vorschlägen erteilte das KVR nun eine klare Absage: Während der Bezirksausschuss bei den Freischankflächen bereits Entscheidungsgewalt habe und damit keine Satzung brauche, könne etwa der Alkoholkonsum auf öffentlichem Verkehrsgrund nicht verboten werden. Lediglich bei vehementen Störungen wie Herumgrölen oder Zerschlagen von Flaschen könnten die Sicherheitsbehörden einschreiten. Eine stärkere Polizeipräsenz, wie ebenfalls vom KVR empfohlen, hielt Rudolf Stadler von der zuständigen Polizeiinspektion allerdings für nicht möglich, „gerade zu der Zeit“.

Das KVR rät dagegen zu einem Runden Tisch, an dem BA, KVR, das Referat für Gesundheit und Umwelt, die Polizei und die Wirte sitzen sollten. Auch eine Kontaktaufnahme mit der „Party-Szene“ hält das KVR für sinnvoll. Eine „abs-

trakt-generelle Lösung“ jedenfalls könne die Probleme nicht beseitigen.

Paul Bickelbacher (Grüne) sieht in der klaren Absage einen Widerspruch, schließlich seien Satzungen und Alkoholverbote auch an anderen Orten in der Stadt möglich. Auch Martin Ruckert (CSU) betonte: „Wir dürfen uns jetzt nicht den Mut nehmen lassen.“ Verwaltungsjuristen seien darauf trainiert, erst einmal zu sagen, was nicht gehe. Man habe falsche Erwartungen geweckt, meinte dagegen Beate Bidjanbeg (SPD), selbst durch die Verabschiedung einer Satzung sei schließlich längst nicht sicher, dass die Verbote auch eingehalten würden.

Klaus Neumann (Rosa Liste) wies zusammenfassend darauf hin, „dass wir hier völlig konträre Interessen vertreten“ und empfahl, Alternativen zu überlegen. Die BA-Mehrheit sprach sich dafür aus, das Thema Satzung zunächst bis Oktober zurückzustellen. Einstimmig war man dafür, noch im Juni einen Runden Tisch einzuberufen – möglichst gemeinsam mit Nutzern und Anwohnern. „Wir müssen mit den Menschen arbeiten, nicht mit Paragraphen“, so Bidjanbeg.



Friedrich von Gärtner wacht über seinen Platz: Künftig soll es rund um die Statue ruhiger zugehen. Foto: Ebitsch